



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 218 31 - 33
Fernschreiber 0 806 890

2/IV/27 - 2. Februar 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	Was tut Berlin? Kein Bodex für den braunen Ungeist Von Willy Brandt, Regierender Bürgermeister von Berlin	49
2	Keine diplomatischen Beziehungen zu Israel? Merkwürdige Erklärung des Bundespressescheifs	22
2	Oberländer und kein Ende Wann wird der Trennungstrieb vollzogen?	26
3 - 4	Österreich diskutiert über die Todesstrafe Es geht hauptsächlich um den "bedingten Strafnachlaß" von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Franta	72
5	Demokratie ausgelöhnt? William S. Schlamm, Studenten und eine Statistik	54
6	Durchsichtige Zweckmeldungen Im Vorfeld der außenpolitischen Debatte	32

* * *

* *

- 1 -
Was tut Berlin?

Kein Boden für den braunen Ungeist

Von Willy Brandt,

Regierender Bürgermeister von Berlin

Berlin ist von den neo-nazistischen Vorfällen und antisemitischen Sufeleien der letzten Wochen nicht verschont geblieben. Aber Berlin hat unmittelbar und unmißverständlich reagiert, und ein gewisser Erfolg ist nicht ausgeblieben.

Sofort nach Bekanntwerden der ersten Vorfälle hat der Senat von Berlin die zuständigen Verwaltungen beauftragt, die erforderlichen Maßnahmen durchzuführen. Eine Woche später hat der Senat die Auflösung des "Bundes nationaler Studenten" und der "National-Jugend Deutschlands" beschlossen -, wobei man wissen muß, daß es sich um Gruppen von 15 bzw. 35 - 40 Mitgliedern handelte.

Die für die innere Sicherheit und für die rechtsstaatliche Ordnung zuständigen Organe haben im schnellen Einsatz zahlreiche Hausdurchsuchungen und Personenüberprüfungen vorgenommen. Einschlägiges Material wurde beschlagnahmt, eine Reihe von Tatverdächtigen wurde dem Richter zwecks Erlass von Haftbefehlen vorgeführt.

Es ist hervorzuheben, daß unsere Gerichte rasch gehandelt haben. Im beschleunigten Verfahren wurden in zwei Fällen die Täter bereits zwei Tage nach Begehen der Taten verurteilt, und zwar ohne daß Bewährungsfristen gewährt wurden. Soweit an den verwerflichen Umtrieben Studenten und Oberschüler beteiligt waren, wurden Disziplinarverfahren bzw. schulische Maßnahmen eingeleitet. Zwei Oberschüler wurden von der Schule verwiesen.

Die Maßnahmen des Senats von Berlin zielen aber vor allem darauf ab, derartige Vorkommnisse für die Zukunft unmöglich zu machen. Die Volksbildungsverwaltung hat ein umfassendes Programm zur verstärkten Vermittlung eines wahrheitsgetreuen Geschichtsbildes der jüngsten Vergangenheit eingeleitet. Diesem Zweck dienen unter anderem die Bildung von Arbeitsgemeinschaften und Seminarwochen und die Abhaltung von ständiger Konferenzen, in denen die Lehrer intensiv mit dem Stoff vertraut gemacht werden. Die Schulverwaltung wird durch die Landeszentrale für politische Bildungsarbeit unterstützt, die bereits im vergangenen Jahr durch Verteilung zahlreicher Druckschriften und durch andere Maßnahmen zu einer besseren Unterrichtung über den Jageist des braunen Jahrszwölftes beitrug.

Diese Maßnahmen der Regierung stützen sich auf eine einheitliche Unterstützung durch das Abgeordnetenhaus von Berlin. Seine Ausschüsse für Inneres und Volksbildung haben sich eingehend mit den Vorfällen befaßt.

Entscheidend ist jedoch, daß sich die Berliner Bevölkerung, insbesondere die Jugend, in eindeutiger Weise von dem braunen Ungeist distanzieren. Hiervon vermitteln zahlreiche Briefe aus allen Schichten der Bevölkerung ein einwandfreies Bild. In zwei eindrucksvollen Demonstrationen haben zehntausende junger Mitbürger am Denkmal für die Opfer der nazistischen Verfolgung bekundet, wo das junge Berlin steht.

Durch diese Maßnahmen und spontanen Willensäußerungen hat Berlin gegenüber aller Welt bekundet, daß in seinen Mauern die Freiheit unteilbar ist, und daß das Zeichen des Hakenkreuzes als das empfunden wird, was es wirklich ist: als ein Zeichen der nationalen Schande. Dieses unser Handeln ist auch im Ausland richtig verstanden worden.

Keine diplomatischen Beziehungen zu Israel?

sp - Staatssekretär und Bundespressesachef von Bokardt, der zur Zeit den Nahen Osten bereist, hat im jordanischen Teil Jerusalems - Agenturmeldungen zufolge - erklärt, die Bundesrepublik werde keine diplomatischen Beziehungen zu Israel aufnehmen; Bundeskanzler Dr. Adenauer und Außenminister von Brentano hätten diese Zusicherung gegeben.

Diese mehr als merkwürdige Erklärung eines Staatssekretärs erweckt den Eindruck, als sei Bonn drauf und dran, die Bemühungen um eine Normalisierung des Verhältnisses zwischen der Bundesrepublik und Israel zu torpedieren. Der Bundeskanzler und der Außenminister sind seit langem darüber unterrichtet, daß Israel auf diese Normalisierung wartet. Gerade jetzt, da auch im westlichen Ausland wegen der antisemitischen Schmierereien in der Bundesrepublik sehr mißtrauische Stimmen und gegenüber laut geworden sind, wäre die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Bundesrepublik ein Akt der Freundschaft, der sicher mehr wert ist, als zahlreiche Sympathieerklärungen und Protestaktionen gegen den Antisemitismus. Die Erklärung von Bokardts in Jerusalem wirkt umso unverständlicher, wenn man weiß, daß Bundeskanzler Dr. Adenauer bereits im Frühsommer des vergangenen Jahres der Meinung Ausdruck gegeben hatte, daß der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Bonn und Israel nichts mehr im Wege stehe.

+ + +

Oberländer und kein Ende

sp - Wie lange soll es noch einen Fall Oberländer geben? Die Annsane, die CDU und ihr Chef, Bundeskanzler Adenauer, würden diesen Mann aufgrund der in eigenen Reihen gegen ihn erhobenen schweren Vorwürfe und Bedenken dorthin schicken, wohin er gehört, in die politische Wüste, hat sich leider als irrig erwiesen.

Oberländer genießt ungeschmälert das volle Vertrauen des CDU-Partei Vorstandes. Nach seiner Meinung hat der Bundesvertriebenenminister eine völlig saubere Wüste, nur die Kommunisten versuchen, einige schmutzige Flecken auf ihr zu entdecken. Als der CDU Vorstand sich schützend vor Oberländer stellte, wußte er was er damit tat? Das Unbehagen über diesen Minister mit seiner opportunistischen Vergangenheit geht weit in die CDU hinein. Zuletzt war es der Ring Christlich-demokratischer Studenten an der Universität Bonn, der das Ausscheiden Oberländers aus dem politischen Leben um der Sauberkeit willen verlangte. Dasehrt diese jungen Leute, sie haben begriffen, wasnot tut und sie haben ein Empfinden dafür, was man der Jugend von heute nicht bieten kann: einen Minister, dessen Vergangenheit eine Belastung für jede zukunftsweisende Ostpolitik ist.

Welche Gründe mag wohl Adenauer haben, sich an einen Mann festzuklammern, der für die Welt zum Symbol der unbewältigten deutschen Vergangenheit geworden ist? Gründe der persönlichen Loyalität können es nicht sein. In solchen Fragen ist der Bundeskanzler sonst nicht gerade zimperlich. Glaubt er aber, er benötige diesen Mann weiterhin, nachdem andere Ostexperten nicht mehr gefragt sind, als Ratgeber für seine Ostpolitik? Wäre dem so, - und es muß wohl so sein - dann würde diesem Skandal um Oberländer die Krone aufsetzen.

+ + +

Österreich diskutiert über die Todesstrafe

Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Franta

Rund sechzig Österreicher fallen alljährlich Mördern zum Opfer, etwa ein Fünftel der Mörder sind Jugendliche unter 21 Jahren. Nach jeder neuerlichen Mordserie ist die Bevölkerung verständlicherweise überaus beunruhigt und empört und verlangt eine möglichst harte Bestrafung der Täter. Erst in letzter Zeit hat es wieder eine solche Serie von Verbrechen gegeben, darunter einen Mord an einer jungen Studentin mit Zerstückelung ihrer Leiche. Und gerade als die Wellen der Empörung besonders hoch schlugen, wurde bekannt, daß ein zu lebenslangem Zuchthaus verurteilter dreifacher Mörder wegen "guter Führung" vorzeitig entlassen und als ausländischer Staatsbürger abgeschoben worden war.

Unangebrachte Milde?

Die Kritik der Öffentlichkeit richtete sich vor allem gegen den routinemäßig gehandhabten bedingten Strafnachlaß und gegen zu große Milde bei der Bemessung des Strafausmaßes für Schwerverbrecher. Auf Grund eines Gesetzes hat jeder Verurteilte die Aussicht, bei entsprechendem Wohlverhalten im Gefängnis, nach Ablauf von acht Monaten Haft, sich das letzte Drittel der Zeit, zu der er verurteilt wurde, ersparen zu können. Die Entscheidung über diesen bedingten Strafnachlaß trifft eine dreiköpfige Gerichtskommission, die sich aus einem Richter, einem Staatsanwalt und dem Gefängnisdirektor zusammensetzt. Der Sinn eines gesetzlichen Strafnachlasses liegt natürlich darin, dem Häftling zu guter Führung zu veranlassen und damit die Ordnung im Gefängnis leichter aufrecht erhalten zu können.

Selbst dem brutalsten Mörder wird noch eine solche Chance eingeräumt. Wenn er zu lebenslänglichem Kerker verurteilt wurde, kann er nach fünfzehn Jahren wieder freigelassen werden. Lebenslänglich ist also in Wirklichkeit nicht ein ganzes restliches Leben lang, sondern eben fünfzehn Jahre. Und auch das empört die Öffentlichkeit. Ein Teil der Bevölkerung fordert, ihrer Mentalität entsprechend, die Wiedereinführung der Todesstrafe und ihre Anwendung auf Mörder. Besonnene und verantwortungsbewußte Menschen sind indes grundsätzlich gegen die Todesstrafe, treten jedoch dafür ein, daß lebenslänglich auch wirklich lebenslänglich bedeutet, daß der bedingte Strafnachlaß sparsamer gehandhabt und für

bestimmte Verbrecher die Sicherungsverwahrung eingeführt wird.

Die Stellung der Parteien

Eine so entscheidende und die Öffentlichkeit unmittelbar interessierende Frage wie die Neuregelung des Strafvollzugs oder die Wiedereinführung der Todesstrafe beschäftigte naturgemäß auch die politischen Parteien, die Regierung und das Parlament. Für die Parteien des ständigen politischen Katzenjammers ergab sich die willkommene Gelegenheit zur Demagogie mit der Todesstrafe. Sprecher der katholisch-konservativen Volkspartei (ÖVP) riefen lauthals nach dem Henker und auch die nationalistischen Freiheitliche Partei (FPÖ) stieß ins gleiche Horn. Allein die Sozialisten hatten den Mut, trotz gegenteiliger "Volksstimmung" mit aller Entschiedenheit gegen die Todesstrafe einzutreten.

Am 28. Januar kam es hierüber zu einer Parlamentsdebatte. Ein Sprecher der ÖVP trat zur Eindämmung der Kriminalität für eine "Generalprävention" durch die Todesstrafe ein. Seine Ausführungen fanden selbst in den Abgeordnetenbänken seiner Parteifreunde nur zaghafte Zustimmung. Innerhalb der ÖVP gibt es zur Frage der Todesstrafe keine einheitliche Auffassung, obgleich die Partei als solche die Einführung der Todesstrafe verlangt. Einen Abgeordneten der FPÖ blieb es, wie die "Arbeiter-Zeitung" schreibt, "vorbehalten die Parlamentsdebatte auf das Niveau des Wirtschaftsausschusses zu erniedrigen" und die "Stimme des Spießertums" zu erheben. Dieser Abgeordnete führte Klage über die angeblich zu menschliche Behandlung von Häftlingen in den Gefängnissen und forderte ein Sondergesetz mit verfassungsändernder Wirkung, das eine Volksabstimmung über die Todesstrafe, also praktisch eine Affektabstimmung, ermöglichen soll.

"Gesamteuropäische Teufelsinsel"

Der sozialistische Abgeordnete und Generalsekretär der SPÖ, Otto Probst, wandte sich scharf dagegen und erklärte, ein Staat, in dem dem Henker ein Platz im Erziehungssystem zugewiesen ist, verstößt gegen das Sittengesetz. Überdies besteht die Gefahr, daß eines Tages der Galgen wieder zum Würger der Gesinnung werden könnte.

In der Parlamentsdiskussion kam auch der bemerkenswerte Vorschlag zur Sprache, der Europarat möge sich mit der Frage beschäftigen, ob es nicht am zweckmäßigsten wäre, für soziale Verbrecher einen gemeinsamen Strafvollzug in Form der Deportation zu erwägen. Der Aposchaum Europas solle auf Lebenszeit von jeder menschlichen Gesellschaft auf einer Art "Gesamteuropäischer Teufelsinsel" abgesondert werden. + + +

Demokratie ausgehöhlt ?

sp - Wenn auf dem Bundesparteitag der FDP in Stuttgart das Wort fiel die Demokratie sei in der Bundesrepublik ausgehöhlt, so trifft diese Feststellung in vieler Hinsicht zu. Politisches Desinteresse, Wohlstandedenken, Protektionismus und die Gleichgültigkeit restaurativer Elemente, an denen jede Kritik, sei es durch die Kirchen oder durch die Politiker, abprallt, haben die Bundesrepublik zu einem Staat werden lassen, in dem zahlreiche Bürger nahezu unfähig sind, den Wert einer freiheitlichen Demokratie zu begreifen. Materielles Konservierungsdenken - "richtungsweisend" bestätigt durch Adenauers Wahlslogan "Keine Experimente" - hat große Teile der Wähler erfaßt, die es an eine ebenso politisch uninteressierte Jugend weitergaben. Auf zahlreichen Hochschulen ist der Geist der Restauration eingezogen, der Geist der Exklusivität und des Protektionismus. Eine in Bonn herausgegebene Statistik stellt nichtern fest, daß zur Zeit jeder dritte Student einer Verbindung angehört, und zwar jeder achte einer Korporation, die scharfe Mensuren schlägt.

Es wäre zu billig und auch falsch, wollte man die Mitgliedschaft in Korporationen in Bausch und Bogen mißbilligen. Es gibt streng religiöse und politische Verbindungen, deren Angehörige aus christlicher und demokratischer Überzeugung innerhalb der studentischen Jugend wirken wollen. Aber diese Ausnahmen bestätigen nur die Regel des gängigen Korporationsprotektionismus. Hier ist der sogenannte "Alte Herr" der Mentor für eine gut dotierte Stellung, und man ordnet sich willig seiner jeweiligen politischen Ansicht unter.

Fragen wir nach der politischen Geisteshaltung vieler Studenten, dann sollte ein Vorfall aufhorchen lassen, der sich kürzlich an der Universität Köln zutrug. Herr William S. Schlamm, der nach einem tumultartigen Präliminar Sensation witternder Studenten seine zweifelhaften Thesen vortragen konnte, hatte wider Erwarten die Mehrheit des Auditoriums hinter sich. Was den Leitartikler einer Kölner Zeitung resignierend zu der hier sinngemäß wiedergegebenen Feststellung veranlaßte, daß es doch beängstigend sei, wie schnell die akademische Jugend einem skurrilen Prediger auf die Leimruten kröche. Aber nicht nur das allein war beängstigend. Nach der Rede des Herrn Schlamm sollte diskutiert werden. Unter den Disputanten war auch ein Mitglied des Deutschen Gewerkschaftsbundes, das von der Geisteshaltung junger Akademiker in einer Demokratie anscheinend eine höhere Meinung hatte, als es angebracht erschien. Kaum hatte dieser Redner bekannt, daß er Mitglied des DGB sei, schlug ihn das spöttische Gelächter fast des gesamten Auditoriums entgegen.

Wo steht eigentlich diese Studentenschaft? Ist das der Geist, der in den Korporationen die jungen Menschen formt, ein Geist, der das Recht der freien Meinungsäußerung bei dem einen mit hämischen Gebrüll unterbindet, dem anderen aber das Recht einräumt, jeden, der eine andere Meinung hat, als Schwächling zu bezeichnen? Was wird geschehen, wenn diese jungen Akademiker dereinst an verantwortlicher Stelle dieses Staates stehen sollen? Man könnte Pessimist werden, käme es nur auf diese an.

Zum Glück aber gibt es in der Bundesrepublik viele, viele junge Menschen, auch Studenten, die sich sehr ernst mit den Problemen der Demokratie auseinandersetzen und bei denen Anerkennung einer anderen Meinung zur Selbstverständlichkeit gehört. Das beweisen die zahlreichen spontanen Reaktionen gerade junger Menschen auf die antisemitischen Schmierereien der jüngsten Vergangenheit und das beweist auch der ständig wachsende Druck von Jugendorganisationen auf die Öffentlichkeit und die "zuständigen Stellen", mehr als bisher für die Vertiefung demokratischer Gesinnung in unserem Volke zu tun.

Durchsichtige Zweckmeldungen

Im Vorfeld der außenpolitischen Debatte

sp - Wenn nicht alles täuscht, ist die CDU bemüht, einer wirklichen außenpolitischen Debatte aus dem Wege zu gehen. Am 10. Februar soll diese Debatte stattfinden, ursprünglich ausgelöst durch eine Große Anfrage der FDP, in der Bundeskanzler Dr. Adenauer aufgefordert wird, seine Außenpolitik unter besonderer Berücksichtigung des Abrüstungs- und Deutschlandproblems zu erläutern. Es ist selbstverständlich, daß hierbei auch das Berlinproblem angesprochen werden muß.

Man erlebt man seit einigen Tagen den ganz offensichtlich von der CDU gesteuerten Versuch, die Problematik der Adenauer'schen Außen- und Deutschlandpolitik dadurch "abzufangen", daß man die Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung ausschließlich auf das Berlinproblem richtet. Da werden Meldungen über angeblich bereits abgeschlossene gemeinsame Entschlüsse lanciert, da werden Andeutungen gemacht, daß alle Parteien auf eine außenpolitische Diskussion verzichten wollen, und schließlich wird sogar versucht, den Ausgangspunkt der außenpolitischen Debatte am 10. Februar - die FDP-Anfrage - völlig zu verwischen.

Diesen Zweckmeldungen ist die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion heute mit einer entsprechenden Erklärung entgegengetreten. Die SPD-Fraktion wird die CDU und den Bundeskanzler nicht aus ihrer Verantwortung für die Deutschlandpolitik dadurch entlassen, daß sie auf eine Klarstellung ihrer eigenen Auffassungen verzichtet.

Gewiß gibt es gerade in der Berlinfrage Gemeinsamkeiten bei allen Parteien. Die gemeinsame Abwehr des östlichen Zugriffs auf Berlin ist eine Selbstverständlichkeit. Das hat auch der Bundeskanzler erkannt, als er sich am 11. Januar in Berlin hinter die von Willy Brandt bereits am 7. Januar verkündete Fünf-Punkte-Erklärung zur Berlinfrage stellte.

Es wäre eine schlechte Sache, wollte der Bundestag das Problem Berlin isoliert von allen Fragen diskutieren, die im Zusammenhang mit der Deutschlandpolitik, dem Abrüstungs- und dem europäischen Sicherheitsproblem stehen. Gerade die Verbindung aller dieser Fragen mit- und untereinander bietet der deutschen Politik die Möglichkeit, Berlin als isolierten politischen Komplex zu entlasten.

+ - +